

Spezialtruppe auf den Fersen rumänischer Diebe. > 59



1930 stand im Zürcher Zoo sieben Wochen lang ein Senegalesendorf. Schaulustige und Gaffer kamen zuhauf. > 61



Fasnacht für Fortgeschrittene: Wer sich hinter den Larven verbirgt. > 62

# REGIONEN

57



## Unkonventionelles Etappenziel

Betroffene von Zwangsmassnahmen sollen vorerst Geld aus dem Lotteriefonds erhalten

Das ehemalige Kinderheim Mümliswil SO beherbergt heute die Gedenkstätte für Heim- und Verdingkinder, initiiert und finanziert von der Guido-Fluri-Stiftung. AE

Die Aufarbeitung und Entschädigung der Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen kommt endlich weiter. Opfer sollen finanzielle Soforthilfe aus einem Fonds, gespeist aus Lotteriefondsgeldern und von privaten Institutionen, bis kommenden Herbst erhalten.

VON FRÄNZI RÜTTI-SANER

Der runde Tisch (siehe Stichwort-Box), den Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Frühling 2013 eingesetzt hatte, hat vor wenigen Tagen die Einrichtung eines Soforthilfefonds beschlossen. Gemäss den nun verabschiedeten Kriterien sollen vorab diejenigen Betroffenen Soforthilfe erhalten, «deren persönliche Integrität durch eine vor 1981 angeordnete oder vollzogene fürsorgliche Zwangsmassnahme verletzt worden ist», meldet das Bundesamt für Justiz. «Mit «finanzieller Notlage» sprechen wir in der Regel Personen an, die Ergänzungsleistungen beziehen, oder Anspruch darauf hätten», führt Luzius Mader, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Justiz und Delegierter für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen, aus. Der runde Tisch will diesen Betroffenen einmalige Auszahlungen in der Höhe von 4000 bis 12000 Franken zusprechen. Mader dazu: «Wir können derzeit noch nicht abschätzen, wie gross die Zahl der Betroffenen sein wird, die sich melden werden. Wir müssen von Schätzungen ausgehen.»

**DIESER NEUE** Soforthilfefonds soll insgesamt 7 bis 8 Mio. Franken beinhalten. 5 Mio. davon sollen die Kantone aus ihren Lotteriefondsgeldern beisteuern, das restliche Kapital soll von anderen Institutionen – gedacht wird an die Bauern,



Von tragischen Schicksalen ist in der Kinderheim-Ausstellung zu lesen. ISA

die Pharma-Industrie oder kirchliche Institutionen – dazukommen. «Wir sind zuversichtlich, dass die Summe rechtzeitig beisammen ist», so Mader weiter. Klar

« Wir sind zuversichtlich, dass die Summe rechtzeitig beisammen ist. »

LUZIOUS MADER, DELEGIERTER OPFER VON FÜR-SORGERISCHEN ZWANGSMASSNAHMEN

gebe es keine Garantie dafür, man könne aber davon ausgehen, dass diese Summe realistisch sei.

Peter Gomm, der Präsident der Kantonalen Sozialdirektorenkonferenz, die ebenfalls im runden Tisch vertreten ist, sagt: «Die Einrichtung des Soforthilfefonds basiert auf den Empfehlungen des runden Tisches. Die FDKL (Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotterigesetz) wurde zusätzlich in das Verfahren einbezogen, um das Anliegen

möglichst breit abzustützen. Die Speisung eines Fonds bei der Glückskette über Beiträge aus den kantonalen Lotteriefonds ermöglicht zügiges Handeln. Die Empfehlung ist zwar nicht bindend. Ich gehe jedoch davon aus, dass die meisten Kantone ein solches Engagement unterstützen.» Eine unkonventionelle, aber in kurzer Zeit machbare Lösung. Solches Handeln ist auch erforderlich, denn die Zeit drängt. Viele der von Zwangsmassnahmen Betroffenen sind schon in einem höheren Alter. Manche haben ihr Leben lang unter den Folgen des erlittenen Unrechts gelitten, auch finanziell.

**BETROFFENE, DIE GESUCHE** stellen wollen, können dies ab Sommer an die Opferhilfestelle ihres Kantons richten. Der runde Tisch prüft und beurteilt dann die Gesuche und leitet sie zur Erledigung an die Glückskette weiter. Die Glückskette verfüge über das entsprechende Wissen, schnell und unbürokratisch solche Auszahlungen durchführen zu können, sagt Mader weiter.

### «DER RUNDE TISCH»

Dieses rund 20-köpfige Gremium arbeitet an einer **umfassenden Aufarbeitung** von Unrecht im Zusammenhang mit den **Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen**. Neben Betroffenen und dem Bund sind am runden Tisch die Kantone, Städte, Gemeinden, Institutionen, Organisationen, Kirchen und die Wissenschaft vertreten. Der Runde Tisch hat den Auftrag, die Aufarbeitung der historischen, juristischen, finanziellen, gesellschaftspolitischen und organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen zu initiieren und koordinieren. Er erstellt Zwischenberichte und einen Abschlussbericht, die Empfehlungen enthalten. (MGT)

**MITTELFRISTIG STREBT DER** runde Tisch aber eine definitive Regelung für die Opfer von Zwangsmassnahmen an, denn dass erlittenes Unrecht mit finanziellen Mitteln entschädigt werden müsse, sei heute unbestritten, sagt Mader. Der runde Tisch wird an seiner nächsten Sitzung im März die Grundzüge einer solchen Regelung beraten. «Wir haben sehr ehrgeizige Vorstellungen in Bezug auf die Terminsetzung bei der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen. Im Jahr 2017/18 sollte das Gesetz vorliegen.»

**OB DIE GEPLANTE** Volksinitiative der Guido-Fluri-Stiftung (siehe Interview rechts) diesem ehrgeizigen Ziel nützen oder eher schaden könnte, da ist sich Mader nicht ganz sicher. «Kommen die Unterschriften rasch zustande, kann das den politischen Prozess beschleunigen. Wird es aber holperig, kann dies dem Ganzen schaden.»

Infos: [www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch](http://www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch)

«Diese Soforthilfe dient nur einer kleinen Anzahl von Betroffenen»

VON FRÄNZI RÜTTI-SANER

**Herr Fluri, sind die nun getroffenen Massnahmen nicht etwas unkonventionell?**

**Guido Fluri:** Nein. Die Schaffung eines Soforthilfefonds war schon länger am runden Tisch angedacht. Bei diesem Konstrukt geht es um Gelder, die rasch zur Verfügung gestellt werden können. Für diesen Fonds braucht es nicht extra eine gesetzliche Grundlage.

**Reicht diese Soforthilfe aus?**

Die Betroffenenengruppen hatten ursprünglich viel mehr erwartet. Für die Guido-Fluri-Stiftung ist der Soforthilfefonds alles in allem ein wichtiger Zwischenschritt. Er reicht aber nicht. Es braucht die Wiedergutmachung auch für die anderen Opfer-Gruppen und darum unsere geplante Initiative.

**Sie kündigten an, dass Sie an der Lancierung der Initiative für eine Entschädigung für Opfer von Zwangsmassnahmen festhalten wollen, warum?**

Der angestrebte Soforthilfefonds hat mit seinen 5 bis 8 Mio. Franken nur beschränkte Mittel, wobei die Gelder erst noch zusammengetragen werden müssen. Auf jeden Fall ist klar, dass diese Mittel der Soforthilfe nur für eine kleinere Anzahl Opfer reicht und gedacht ist – nämlich für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen, die sich in einer aktuellen Notlage befinden. All die anderen, wohl Zehntausende Opfer, denen schweres Unrecht angetan wurde –

### GUIDO FLURI



**Der Präsident des Stiftungsrats der Guido-Fluri-Stiftung, die eine Volksinitiative für eine umfassende Wiedergutmachung plant.**

Verdingkinder, die ohne Entgelt über Jahre hinweg geschuftet haben, administrativ versorgt, Zwangssterilisierte, missbrauchte Heimkinder –, warten nach wie vor auf eine Wiedergutmachung. Für diese riesige Gruppe an Betroffenen braucht es die Initiative der Guido-Fluri-Stiftung – damit es endlich eine umfassende Wiedergutmachung und Aufarbeitung der Geschichte geben kann.

**Wie weit sind Sie in den Vorbereitungsarbeiten zur Initiative?**

Wir arbeiten mit Hochdruck daran. Wir wollen einen Initiativtext, hinter dem eine Mehrheit der Schweizer Stimbevölkerung stehen kann. Es wird eine Initiative für die Opfer und für die Schweiz als Ganzes.

**Wie läuft es in der Gedenkstätte im Kinderheim Mümliswil?**

Die Resonanz ist sehr gut. Wir haben jeden Monat mehrere Schulklassen, die für eine Besichtigung vorbeikommen. Auch Einzelpersonen und Gruppen melden sich rege und nutzen das Angebot. Im März ist erneut ein Gedenkanlass geplant. Wir erwarten wieder über 200 Leute.»